



Gemeinsame Erklärung – Ukraine: Vier Staats- und Regierungschefs, vier humanitäre Fragen

NGOs rufen Teilnehmer des vierten Normandie-Formats auf, sich beim kommenden Treffen für die Menschlichkeit einzusetzen.

Als humanitäre Organisationen leisten wir Hilfe für die vom Konflikt betroffene Bevölkerung im Osten der Ukraine. Entsprechend begrüßen wir die erneuten Verhandlungen der Staats- und Regierungschefs der **Ukraine, Frankreichs, Deutschlands und Russlands** über ein Ende des Konflikts in der Region. Die jüngsten Entwicklungen haben den 3,5 Millionen Menschen, die dringend humanitäre Unterstützung benötigen, neue Hoffnung gegeben. Wir betrachten es als ein positives Zeichen, dass sich die Länder des Normandie-Quartetts bereit erklärt haben, bei einem Treffen gemeinsam auf eine Konfliktlösung für die Region hinzuarbeiten.

Fast 3.300 Zivilisten haben in dem fast sechs Jahre andauernden Konflikt ihr Leben verloren. Sowohl in den staatlich als auch in den nicht staatlich kontrollierten Gebieten leiden die Menschen unter der sich verschlechternden sozioökonomischen Situation. Rund 5,2 Millionen sind nach wie vor in unterschiedlicher Weise von den Kämpfen, der Trennung und den resultierenden verwaltungstechnischen Problemen betroffen.

Das Leben, die Würde und das Wohlbefinden der Menschen auf beiden Seiten der Kontaktlinie sind Anliegen, die wir alle teilen. **Daher fordern wir die Verhandlungspartner der Normandie-Formats auf, die folgenden vier Punkte auf ihre Tagesordnung zu setzen:**

1. Dauerhaftes Ende der Feindseligkeiten

Die anhaltenden Kämpfe kosten Leben, fügen Menschen teils bleibende Verletzungen zu, stören die Wirtschaft, zerrütten soziale Netze und verhindern Wiederaufbau und Erholung. Angesichts dieser Tatsachen müssen die wichtigsten Ergebnisse der Verhandlungen ein sofortiges Ende der Kampfhandlungen und die Einhaltung des Waffenstillstands sein. Je länger die Kämpfe andauern, desto mehr wird die Bevölkerung in der Region traumatisiert. Weiterhin sterben Zivilisten und die Menschen können die Situation irgendwann psychologisch und finanziell nicht mehr verkraften.

⇒ Die Kämpfe müssen unverzüglich eingestellt und der Waffenstillstand eingehalten werden.

2. Schutz der Zivilbevölkerung und der zivilen Infrastruktur

Während eines bewaffneten Konflikts dürfen Zivilisten und zivile Objekte, einschließlich kritischer ziviler Infrastruktur, nicht angegriffen werden. Das humanitäre Völkerrecht verpflichtet die Konfliktparteien, alle denkbaren Vorsichtsmaßnahmen zu ergreifen, um Verletzungen und Todesfälle von Zivilisten und Schäden an zivilen Gütern zu vermeiden, mindestens jedoch so gering wie möglich zu halten.

Mit anderen Worten, Wohngebiete dürfen nicht angegriffen oder als Schutzschild missbraucht werden. Ebenso darf die zivile Infrastruktur – wie etwa Wasser-, Strom- und Gasversorgung – nicht

angegriffen oder aufgrund räumlicher Nähe zu militärischen Aktivitäten beschädigt oder zerstört werden.

Im Umkreis von fünf Kilometern der Kontaktlinie haben bis zu 66 Prozent der Gesundheitseinrichtungen Schäden gemeldet, 48 Prozent sind noch nicht wieder voll funktionsfähig. Gleichzeitig sind 34 Prozent der Basisgesundheitsstationen nahe der Kontaktlinie von Stromausfällen betroffen und haben keinen Notfallgenerator. 22 Prozent haben nicht durchgehend fließendes Wasser.

Seit 2016 ist die Wasserversorgung in der Region durch die Auseinandersetzungen mehr als 350 Mal beschädigt worden. Wenn die Wasserversorgung gravierend beschädigt wird oder aufgrund fehlender Wartung ausfällt, verlieren mehr als vier Millionen Menschen den Zugang zu Trinkwasser. Bei vielen von ihnen würde auch die Heizung ausfallen – bei Temperaturen unter null Grad im Winter. Fast ein Drittel der Bevölkerung in der Region hat tägliche oder wöchentliche Unterbrechungen der Wasserversorgung erlebt.

Ebenso alarmierend ist, dass 45 Schulen seit Anfang 2017 beschädigt oder zerstört worden sind¹. Allein in diesem Jahr gab es Berichte über 32 konfliktbedingte Vorfälle, die zu Schäden an Schulen geführt haben. Bildungseinrichtungen mussten vorübergehend geschlossen werden, es wurden acht Fälle von militärischen Operationen in unmittelbarer Nähe einer Schule dokumentiert, und es gab neun Berichte über Tod oder Verletzung von Schülern, Lehrern und Eltern. Es ist besorgniserregend, dass sich an dieser Dynamik seit 2017 nichts geändert zu haben scheint. Damals wurden zwischen Januar und September 33 Bildungseinrichtungen beschädigt.

Anlass zu größter Sorge gibt auch die Tatsache, dass die Ukraine heute eines der am stärksten verminten Länder der Welt ist. In den vergangenen vier Jahren wurde dort die weltweit höchste Zahl von Anti-Fahrzeug-Minenunfällen gemeldet. Minenunfälle und solche mit explosiven Kriegsrückständen (Explosive Remnants of War, ERW) sind die häufigste Ursache für den Tod von Kindern. Minen und ERW töten und verletzen Menschen und beeinträchtigen den Zugang der Zivilbevölkerung zu wichtigen Dienstleistungen und ihrer Lebensgrundlage, wie etwa Ackerland.

- ⇒ **Um entscheidende Wasserinfrastruktur herum müssen Sicherheitszonen geschaffen werden**, damit das Grundrecht auf Wasser in angemessener Qualität und Menge gewährleistet ist.
- ⇒ Alle Konfliktparteien müssen **rechtswidrige Angriffe auf Schulen, Schüler und Lehrer beenden** und dürfen den Zugang von Kindern zur Bildung nicht behindern. **Die Erklärung für sichere Schulen** (Safe School Declaration), die mehr als 90 Ländern unterstützt haben seit sie im März 2015 auf den Weg gebracht wurde, sollte ebenfalls bekannt gemacht werden.
- ⇒ **Medizinische Einrichtungen** müssen unter allen Umständen respektiert und geschützt werden. Sie dürfen nicht angegriffen und der Zugang zu ihnen nicht behindert werden.
- ⇒ Für die **Räumung von Landminen und ERW in zivilen Gebieten** – insbesondere in der Nähe von besiedelten Gebieten – werden mehr Ressourcen benötigt. Ohne diese Ressourcen wird die Minenräumung Jahrzehnte dauern, in denen die Zivilbevölkerung weiterhin Risiken durch Landminen und ERW ausgesetzt sein wird.

3. Verbesserter humanitärer Zugang auf beiden Seiten der Kontaktlinie

Humanitäre Hilfe ist für Menschen im Konfliktgebiet oft die einzige Hoffnung.

In nicht staatlich kontrollierten Gebieten (non-government-controlled areas, NGCA) leben die Menschen in zunehmender Isolation und haben nur begrenzt Zugang zu Dienstleistungen. Während ein Großteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter die Region verlassen hat, sind ein Drittel der

¹ <https://reliefweb.int/report/ukraine/school-children-caught-crossfire-eastern-ukraine-s-four-year-conflict-enuk>

Einwohner des nicht staatlich kontrollierten Gebietes ältere Menschen. Trotz eindeutiger Bedarfe ist die humanitäre Hilfe dort nach wie vor stark eingeschränkt.

Auf der staatlich kontrollierten Seite der Kontaktlinie ist das komplexe regulatorische Umfeld für die humanitäre Hilfe trotz einiger Fortschritte noch unterentwickelt. Dies führt zu operativen und finanziellen Risiken für die Organisationen, die Unterstützung leisten, und schränkt deren Möglichkeiten ein.

- ⇒ **Ein verbesserter humanitärer Zugang zu nicht staatlich kontrollierten Gebieten**, sowohl quantitativ als auch qualitativ, muss gewährleistet werden.
- ⇒ **Bestimmungen zur Erleichterung der humanitären Hilfe** müssen unverzüglich eingeführt werden.

4. Schutz der Sicherheit und Würde von Grenzgängern

Menschen, die früher im Donbas zusammen gelebt haben und auf enge Netzwerke angewiesen waren, sind seit fast sechs Jahren durch eine Kontaktlinie von 427 Kilometern Länge getrennt. Familien wurden getrennt, Unternehmen behindert und der Zugang zu Dienstleistungen erheblich eingeschränkt. Und doch ist mit mehr als einer Million Überschreitungen der Kontaktlinie pro Monat klar, dass die persönlichen und beruflichen Verbindungen weiterhin eng und notwendig sind. Menschen überqueren die Kontaktlinie, um Rentenzahlungen abzuholen, nach ihrem Eigentum zu schauen, Unterlagen einzusehen, Gesundheitsdienste in Anspruch zu nehmen oder sich mit Angehörigen zu treffen. Diese Reisen sind zeitaufwändig und kostspielig. Die jüngsten Aktivitäten zum Wiederaufbau an Grenzübergängen sind ein wichtiges Signal und haben die Situation leicht verbessert.

Die Anzahl der Übergänge ist jedoch nach wie vor unzureichend, insbesondere in der Region Luhansk, wo es nur einen einzigen Übergang für Fußgänger gibt (Fahrzeuge dürfen die Kontaktlinie nicht überqueren). Die Warteschlangen sind lang und die Servicezentren im staatlich kontrollierten Bereich kommen kaum mit der gestiegenen Anzahl der Personen zurecht, die dorthin verwiesen werden. Allein in der ersten Jahreshälfte 2019 sind 34 Menschen an den Grenzübergängen gestorben.

- ⇒ **Zusätzliche Grenzübergänge** zwischen den von der Regierung und den nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten sind dringend erforderlich.

Der Konflikt und der politische Stillstand haben die Zivilbevölkerung in der Ostukraine schwer getroffen. Ihre Sicherheit und Würde müssen im Einklang mit den internationalen humanitären und rechtlichen Grundsätzen geschützt werden. Fortschritte in den genannten Punkten würden die humanitären Auswirkungen des Konflikts mildern und dazu beitragen, das Vertrauen zwischen den Parteien wiederherzustellen.

Wenn die Verhandlungen des Normandie-Quartetts am 9. Dezember stattfinden, müssen die Anliegen der Zivilbevölkerung prioritär auf die Tagesordnung gesetzt werden. Wenn das geschieht, wäre das Ergebnis eine positive Veränderung für Millionen Menschen, die von diesem Konflikt betroffen sind.

Unterzeichnende Organisationen:

Danish Refugee Council
Ärzte der Welt
Norwegian Refugee Council
People in Need

Première Urgence Internationale
Save the Children International
Terre des Hommes
Triangle Génération Humanitaire